

Fadegrad



von
Von Stefan Urech

Fake News?

«Was hat sich im Gemeinderat über all die Jahre am meisten verändert?», fragte ich anlässlich einer Ratspräsidiumsfeier Max Kunz, den damals 93-jährigen, allerersten Ratspräsidenten der SVP. Besonders die heutige politische Berichterstattung habe nichts mehr mit der damaligen zu tun, meinte der Befragte. Zu seiner Zeit habe der Tages-Anzeiger beispielsweise noch mehrseitige Berichte über die Gemeinderatssitzung, teilweise sogar mit Protokollauszügen, gedruckt. Heute wird in der Tat nur noch über einen Bruchteil der Geschäfte berichtet, über die wir in unseren wöchentlichen, mehrstündigen Gemeinderatssitzungen debattieren. Die Meinung der SVP, der einzigen Oppositionspartei in der Stadt Zürich, kommt dabei vor allem im linken Tages-Anzeiger regelmässig zu kurz. Unsere politischen Argumentationen werden, wenn überhaupt, in wenige Sätze zusammengefasst, oft bösartig kommentiert oder willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen und leider nur selten mit einem Zitat unterlegt, während man der Gegenseite umso mehr Platz einräumt und Wohlwollen entgegenbringt. Wir kennen diese einseitige Berichterstattung ja schon zur Genüge von der SRG. Aufgrund einer fehlenden Plattform bleibt der SVP nichts anderes übrig, als ihre Positionen anderweitig zu kommunizieren, wie beispielsweise kürzlich mit den in alle Zürcher Haushalte verschickten «Stadtnachrichten», worin SVP-Gemeinderäte unter anderem über die Missstände des rot-grünen Filzes informieren. Wenige Tage nach dem Versand publizierte der Tages-Anzeiger, die grösste und mächtigste Zürcher Tageszeitung zwei Artikel, in denen unsere Abstimmungszeitung als «Fake News» bezeichnet wurden: Die SVP wolle die Bürger mit einer «getarnten» Zeitung irreführen, indem sie «das Parteilogio weglassen» und nur klein im Impressum auf den wahren Herausgeber der Zeitung hinweise. Doch auf der Titelseite wird oberhalb der Mitte auf einem durchgehenden, klar abgegrenzten und unübersehbaren Band die SVP als Herausgeber (dreimal) erwähnt, und den 11 folgenden Seiten ist das Parteilogio insgesamt 14-mal ersichtlich. Als das linke Komitee «Nein zum Sendeschluss» eine Abstimmungszeitung im gleichen Format in alle Haushalte liefern liess, hatte der Tages-Anzeiger natürlich keine diesbezüglichen Beanstandungen. Auf Twitter konfrontierten SVP-Gemeinderat Samuel Balsiger und JSVPler Régis Ecklin den Journalisten El Arbi, Verfasser des besagten Tages-Anzeiger-Artikels mit dieser Faktenlage. Dessen Reaktion macht deutlich, wie wenig dieser Zeitung an einer politisch ausgewogenen Berichterstattung liegt: Samuel Balsiger wurde vom Journalisten des Tages-Anzeigers als «Parteisoldat», der auf die Demokratie «scheisst», beschimpft, und Régis Ecklin als «Penner», der sich «verpissen» soll. Zum Ausgleich gibt es zum Glück noch den Zürcher Boten.

MASSENEINWANDERUNG VERURSACHT STEIGENDE MIETPREISE

Rot-grüner Sand in den Augen

Wer eine Person täuschen will, streut ihr sprichwörtlich Sand in die Augen. Seit Jahren wird einem grossen Teil der Stadtbevölkerung bezüglich der steigenden Mieten von Rot-Grün etwas vorgegaukelt.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Finstere Spekulanten treiben die Preise nach oben, behaupten die Gutmenschen. Die Wählenden müssen nur links stimmen, dann würde mittels «sozialen Wohnungsbaus» alles wieder in Ordnung gebracht. Stopp! Es ist nun endlich Zeit, dass sich die betroffenen Stadtzürcher den rot-grünen Sand aus den Augen reiben und die Realität betrachten. Dafür kann ein breit abge-

stützter Grundsatz herbeigezogen werden: Ein knappes, stark nachgefragtes Angebot wird teurer. Ziehen innerhalb von zehn Jahren über 45 000 Personen zusätzlich in unsere Stadt, treibt dieses Wachstum die Mietpreise stark in die Höhe. Als ob dies noch nicht genug wäre, wollen die Linken, dass wir mit weiteren 100 000 Personen den städtischen Platz und die Lebensqualität teilen sollen.

Volk zahlt die Zeche

Die Bodenpreise sind in den letzten Jahren teils um 83 Prozent oder mehr nach oben geschwollen. Tatsache: Die überhitzte Einwanderung verursacht die steigenden Mietpreise. Noch klarer

wird die Sicht auf die Fakten, wenn auch die letzten grossen rot-grünen Sandkörner aus den Augen gewischt werden.

Der damalige Stadtrat Martin Volenwyder hatte in seiner Funktion als Finanzvorsteher errechnet, dass die linken Versprechungen betreffend «sozialen» Wohnungsbau 15 Milliarden Franken kosten würden.

Linkspopulismus stoppen

Die vorgegaukelten «Lösungen» gegen angebliche Spekulanten sind also nichts als Fantastereien, um Wählerstimmen abzustauben, vom Einwanderungschaos abzulenken und um gegen das linke Feindbild Kapitalismus zu het-

zen. Für günstige Mieten braucht es schlicht und einfach weniger neue Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt. Auch viele alteingesessene assimilierte Ausländer und Secondos leiden unter den steigenden Preisen.

Jetzt wählen gehen

Am 4. März 2018 finden in der Stadt Zürich die Gesamterneuerungswahlen statt: Wählen wir Schweizer die richtige Lösung. Jetzt gilt es, wirklich alle Freunde, Verwandten und Bekannten zu mobilisieren, umgehend SVP Liste 2 zu wählen!

Bis am 27. Februar 2018 ist bequem die briefliche Stimmabgabe möglich. Anschliessend kann die Liste 2 an der Urne oder im Kreisbüro eingeworfen werden. Nicht vergessen: Stimmrechtsausweis unterschreiben.



LESERBRIEF

Unschweizerisch und gefährlich

Auf ihrer offiziellen Website wirft SRF Deutschschweiz Bürgern wie mir «eine zutiefst unschweizerische Gesinnung vor». Da ich ein überzeugtes Ja zu No-Billag einlegen werde, gefährde ich somit auch unsere Demokratie, den nationalen Zusammenhalt und die Weiterexistenz unseres unabhängigen Landes (gemäss SRF). Diese Attribute werden mir ausgerechnet von SRF-Journalisten an den Kopf geworfen, von denen sich sieben von zehn selbst als linksstehend (und europhil) bekennen. Die ändern drei wählen bevorzugt CVP und FDP (laut einer neuen Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften). Es ist erheitend und anachronistisch zugleich, wie viele Fernseh-Linke und Euroturbo, die in ihrer ideologischen Verblendung direkt oder indirekt die bedingungslose Unterwerfung der Schweiz unter die Brüsseler Eurokratie fordern, plötzlich ihre Vaterlandsliebe entdecken.

Man gibt sich selbstbewusst im Leutschbach, und trotz einer vom Institut GfS bestellten Umfrage mit 62 Prozent Nein herrscht nervöse Hochspannung. Es ist verständlich, dass man sich bei einem Monatslohn von 9000 Franken gegenüber dem gewöhnlichen Volk mit einem Medianlohn von 6000

Franken etwas abgehoben fühlt und nicht auf ein solches Niveau zurückfallen möchte. Der Generaldirektor verdient monatlich gar 44 692 Franken, wesentlich mehr als ein Bundesrat. Dafür müssen mehr als 1000 Gebührensahler tief in ihr Portemonnaie greifen. Die höchst mögliche Gebühr für ein Unternehmen ab einer Milliarde Umsatz beträgt ab 2019 35 590 Franken, auch wenn ihre Angestellten zu Hause Fernsehen schauen und sie selbst für die Gebühren aufkommen. Ein solch hoher Umsatz bedeutet nicht allzu viel und wird von vielen Handelsfirmen schnell einmal erreicht.

Ein Job bei SRF bedeutet, in einer «geschützten Werkstatt» mit grosser persönlicher Verfügungsgewalt zu arbeiten und auch im internationalen Vergleich sehr grosszügig mit Steuergeldern ausgestattet zu sein (die Billag-Zwangsgebühren sind eine Steuer!). Geschaltet und gewaltet wird nach eigenem Gutdünken, meist mit ausgeprägtem Brüsseler Linksdrill und einem patriarchalen Hang zur Umerziehung der Zuschauer, die Souveränität und Selbstbestimmung einer globalen Gleichmacherei und Fremdbestimmung eventuell vorziehen.

Robert Nieth, Walchwil ZG

LESERBRIEF

Ja zur Initiative «Lehrplan vors Volk»

Nach jahrzehntelangen Reformen steht unsere bewährte Volksschule heute in einer bedenklichen Schiefelage! Nur dank hoch engagierten Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Lehrern «merkt» man es noch nicht! Auf nächstes Schuljahr werden wieder viele Abgänge von Frühpensionierten und von desillusionierten Junglehrerinnen und Lehrern zu verzeichnen sein. Warum? Die riesige Heterogenität in den Klassen die seit der Integration und Auflösung verschiedener Kleinklassen und der Früheinschulung entstanden ist, kann kaum noch zufriedenstellend bewältigt werden. Bei der schon eingeleiteten Umstellung auf neue Lehrmittel und Lernmethoden gemäss Lehrplan 21 wie selbstorganisiertes Lernen, Schreiben nach Gehör und vieles mehr, zeichnet sich bereits ab, dass vor allem

schwächere Kinder damit überfordert sind. Lernzielbefreiung wird schon bei Erstklässlern praktiziert. Um pädagogische Schwierigkeiten zu meistern hat an vielen Schulen und Kindergärten ein Belohnungs-/Bestrafungssystem Einzug gehalten. Eltern beklagen, dass das ihre Kinder zusätzlich unter Druck setzt. Und jetzt? Ein Halt und eine Auslegeordnung tun not! Gescheiterte Reformen und ein praxisferner unerprobter Lehrplan dürfen unsere Schulkinder nicht «verschleissen»! Es geht um ihre wertvolle grundlagenbildende Lebens- und Schulzeit!

Ein Ja zur Initiative «Lehrplan vors Volk» muss eine längst fällige demokratische Diskussion über die Zukunft unserer Volksschule einfordern!

Esther Bürge, Kindergärtnerin, Effretikon

LESERBRIEF

Endlich findet eine Lehrplan-Diskussion statt

Der Leitartikel im letzten «Zürcher Bote» bildete eine ausgezeichnete Zusammenfassung aller Aspekte betreffend Lehrplan-21-Abstimmung. Diverse Leserbriefe zum Thema in letzter Zeit haben ebenfalls vorzüglich orientiert. Genau so hätte eigentlich schon lange auch eine allgemeine Diskussion stattfinden müssen, doch ist es, wie Camille Lothe schreibt, den Urhebern des Lehrplan 21 gelungen, die Öffentlichkeit weitgehend auszuschliessen. Es stimmt einfach nicht, wie die Gegenseite behauptet, dass sich das Volk habe äussern können. Die ganze Entstehungsgeschichte dieses Monster-

werks Lehrplan 21 geschah im Geheimen, und es ist ein Witz, wenn den frustrierten Stimmbürgern jetzt erklärt wird, sie hätten sich ja an den Bildungsrat wenden können. Das hätte diesem hehren Gremium wohl grossen Eindruck gemacht, wenn der Hans Müller mittels Brieflein vorstellig geworden wäre... Nein, solch wichtige Fragen wie ein neuer Lehrplan können nur mittels ordentlicher, sauberer Abstimmung geregelt werden, falls nicht schon der Kantonsrat die Weichen im Sinne der Volksmehrheit stellt.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Stadtrats- und Gemeinderatswahlen vom 4. März 2018

SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten stellen sich zum Gespräch

Liebe Zürcherinnen und Zürcher

Unsere Gemeinderats-Kandidatinnen und -Kandidaten wollen Sie kennen lernen und sind an den öffentlichen Standaktionen präsent, um im persönlichen Gespräch Ihre Anliegen zu erfahren und unsere politischen Ziele für Zürich zu erklären.

Besuchen Sie uns, wir freuen uns, Sie persönlich begrüssen zu dürfen.

Kreis/Quartier	Datum	Zeit	Standort
1/2 Wollishofen	24. Februar 2018	09.30 – 11.30 h	Migros Morgental
3 Alt-Wiedikon	24. Februar 2018	09.00 – 11.00 h	Migros Gutstrasse
3 Alt-Wiedikon	24. Februar 2018	16.00 – 18.00 h	Falken Wiedikon
4/5 Langstrasse	24. Februar 2018	10.00 – 12.00 h	Stauffacher
6 Unterstrass	24. Februar 2018	09.30 – 11.30 h	Guggach
7/8 Hottingen	24. Februar 2018	10.00 – 12.00 h	Kreuzplatz
9 Altstetten	24. Februar 2018	09.00 – 11.00 h	Lindenplatz
10 Wipkingen	24. Februar 2018	10.00 – 11.30 h	Röschibachplatz
11 Oerlikon	24. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	Marktplatz
12 Schwamendingen	24. Februar 2018	09.00 – 12.00 h	bei Migros
3 Alt-Wiedikon	03. März 2018	09.00 – 11.00 h	Schmiede Wiedikon
4/5 Gewerbeschule	03. März 2018	10.00 – 12.00 h	Limmatplatz
6 Unterstrass	03. März 2018	09.30 – 11.30 h	Schaffhauserplatz
7/8 Witikon	03. März 2018	10.00 – 12.00 h	Einkaufszentrum
10 Höngg	03. März 2018	10.00 – 11.30 h	Kappenbergstrasse
11 Oerlikon	03. März 2018	09.00 – 12.00 h	Maktplatz
12 Schwamendingen	03. März 2018	09.00 – 12.00 h	bei Migros

Gemeinderat: Liste 2 – SVP

Und in den Stadtrat:
Susanne Brunner, Roger Bartholdi,
Filippo Leutenegger, Michael Baumer, Markus Hungerbühler.
Und als Stadtpräsident: Filippo Leutenegger.



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!